Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4458**

16. Wahlperiode 28. 02. 2007

Antrag

der Abgeordneten Marina Schuster, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft in Ägypten fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die jahrelangen intensiven Beziehungen zu Ägypten sind für Deutschland von herausragender Bedeutung – Ägypten ist einer unserer wichtigsten Partner in der Region des Nahen Ostens und Nordafrika – zugleich ist es eines der beliebtesten Urlaubsziele deutscher Touristen. Ägypten ist drittgrößter Handelspartner Deutschlands in der arabischen Welt und Schwerpunktland bilateraler deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Für das Jahr 2006 erhielt Ägypten Zusagen über 109,5 Mio. Euro, womit sich die Gesamtzusagen deutscher Entwicklungszusammenarbeit seit 1963 auf insgesamt 4,7 Mrd. Euro summieren.

Ägypten spielt in der arabischen Welt politisch, historisch, kulturell und wirtschaftlich eine herausragende Rolle. Im Nahostkonflikt hat Ägypten mehrfach eine konstruktiv-vermittelnde Rolle eingenommen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen, aber auch in der syrisch-libanesischen Krise. Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag war beispielhaft. In der Arabischen Liga hat Ägypten seit 1990 wieder eine Führungsrolle eingenommen, stellt mit seinem ehemaligen Außenminister Amr Mussa derzeit den Generalsekretär und mit Kairo den Sitz der Liga. Wirtschaftlich befindet sich Ägypten seit einigen Jahren in einer Transformationsphase und öffnet sich nach Jahrzehnten einer fast gänzlich staatlich gelenkten Wirtschaft privaten, darunter auch ausländischen Investoren. Entsprechend entwickeln sich die Wirtschaftsdaten positiv, woran der Barcelona-Prozess nicht unwesentlich beteiligt war. Die Al-Azhar-Universität in Kairo ist eine der ältesten und bedeutendsten Bildungseinrichtungen der islamischen Welt. Gleichzeitig versteht sie sich als

die höchste Autorität in islamischen Rechtsfragen. Ägyptische Zeitungen sind weithin prägend und werden auch über die Grenzen des Nahen Ostens hinaus als Referenzen herangezogen. Die meisten arabischen Filme werden in Ägypten produziert.

Innerägyptische Spannungspotentiale resultieren insbesondere aus den ungelösten gesellschaftlichen Problemen Ägyptens. Fortbestehende Demokratiedefizite, ein ausgeprägtes Nord-Süd- und Stadt-Land-Gefälle und vor allen Dingen der Einfluss islamistischer Kräfte in Ägypten geben Anlass zu großer Sorge. Die Anschläge in Ägypten in den Jahren 1997, 2004, 2005 und 2006 haben dies auf dramatische Weise verdeutlicht.

Die Demokratiedefizite in Ägypten sind bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2005 – und zuletzt durch die Verlängerung der Notstandsgesetzgebung – deutlich zu Tage getreten. Die ägyptische Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die mit einem rechtsstaatlichen Verständnis nur schwer zu vereinbaren sind. Die direkte Beeinflussung des Wahlvorgangs konnte von Amnesty International ebenso wie von unabhängigen Zeitungen eindrücklich dokumentiert werden, wobei die Benachteiligung weiblicher Kandidaten zu den Parlamentswahlen besonders hervorzuheben ist. Ein wirklicher Wille der ägyptischen Regierung am Aufbau funktionierender zivilgesellschaftlicher Strukturen ist kaum erkennbar. Zwar existieren Institutionen wie das Ibn Khaldun Center for Development Studies, gegründet von dem Menschenrechtler Saad Eddin Ibrahim, oder das Center for Egyptian Women's Legal Assistance – beide Beispiele sind jedoch bisher nur „Leuchttürme“ in einem gegenüber einer aktiven Zivilgesellschaft insgesamt eher kritischen System.

So verpflichtete beispielsweise das NGO-Gesetz von 2002 alle Nichtregierungsorganisationen zu einer Neuregistrierung und zur Durchführung von Neuwahlen der jeweiligen Vorstände. Die Kandidaten mussten vor ihrer Wahl durch das Ministerium für soziale Angelegenheiten zugelassen werden. So wurde die ägyptische Rechtsanwältin Safaa Zaki Murad, die seit 1997 mehrmals den Vorsitz der Arab Women Alliance Association innehatte, nicht mehr zu diesem Amt zugelassen. Diese Maßnahmen werden mit der Notwendigkeit eines stringenten Vorgehens gegen den Terrorismus begründet, ermöglichen aber der Regierung flexible Spielräume für willkürliche Verhaftungen und menschenrechtlich bedenkliche Eingriffe in die Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie zur Diskriminierung religiöser Minderheiten wie z. B. der Bahái.

Die ägyptische Muslimbruderschaft stellt derzeit die einflussreichste Oppositionsbewegung in Ägypten dar. 1928 als antikoloniale Bewegung gegründet, gilt die ägyptische Muslimbruderschaft noch heute als die „Mutter aller Islamisten“. Seit den 30er Jahren mehrfach verboten, an diversen – teilweise folgenschweren – Attentaten gegen die ägyptische Regierung beteiligt, schwor die Muslimbruderschaft Ende der 70er Jahre nach der Abspaltung militanter Flügel – wie dem islamischen Dschihad – der Gewalt grundsätzlich ab. Politisch verbinden die Muslimbrüder die Ablehnung des Staates Israel, die Unterstützung des „Freiheitskampfes“ der Palästinenser und das Bekenntnis zur Schaffung einer nicht-säkularen islamischen Gesellschaft in Ägypten. Ihre Bekenntnisse zu Demokratie, Pluralismus, religiöser Toleranz und Gewaltverzicht werden von Kritikern als nicht glaubwürdig kritisiert. Als politische Organisation in Ägypten verboten und nur mit „unabhängigen“ Kandidaten bei den zurückliegenden Wahlen vertreten, haben sich die Muslimbrüder zu einem wesentlichen gesellschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen Faktor in Ägypten entwickelt. Zu ihren Anhängern werden ungefähr eine Million Menschen gezählt. Vielfach ersetzen die Muslimbrüder mit Einrichtungen im Gesundheitssektor und durch karitative Einrichtungen fehlende soziale Sicherungssysteme. Auf diesem Wege finden die Muslimbrüder gerade in gesellschaftlich benachteiligten Schichten massenhaft Zulauf und Unterstützung und einen geeigneten Nährboden für ihre

islamistische Ideologie. Dem begegnet die ägyptische Regierung in erster Linie mit Repression, was in der Vergangenheit die Unterstützung der Muslimbrüder eher noch verstärkt hat.

Säkulare, an den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus orientierte politische Parteien existieren in Ägypten nur in Ansätzen. Viele ihrer Anhänger und politischen Führungskräfte, wie der Vorsitzende der Al-Ghad-Partei Ayman Nour, sitzen auf Basis rechtsstaatlich fragwürdiger Verfahren in Haft.

Der Umgang mit islamistischen Organisationen ist für Länder des Maghreb und des Nahen und Mittleren Ostens eine Zukunftsfrage. Es liegt auch in unserem Interesse, einer Radikalisierung dieser Gesellschaften entgegenzuwirken. Zentrale Bedeutung kommt deshalb der Frage zu, ob und wie der gesellschaftspolitische Wettbewerb mit islamistischen Organisationen gesucht und geführt wird, insbesondere in den sozialen und bildungspolitischen Bereichen. Solange Islamisten das Feld der sozialen Fürsorge für Millionen von Menschen konkurrenzlos überlassen wird, wird die Gefahr des wachsenden Einflusses von Islamisten und damit einer Radikalisierung ganzer Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten weiter zunehmen. Dem kann von außen nur mit gezielten entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und einer Unterstützung der an diesen Grundsätzen orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen begegnet werden.

Die Außenpolitik der großen Koalition gegenüber Ägypten lässt solche Anstrengungen jedoch nicht erkennen. Sie schließt sich der wirtschaftlichen und kulturellen Orientierung der Vorgängerregierung an und lässt insbesondere nur wenig Bezug auf den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen erkennen.

Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen des Außenhandels und der Tourismusindustrie weiter erfolgreich verläuft, sind nur wenige Fortschritte im Bereich der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erkennen. Insbesondere mangelt es an einer gemeinsamen Strategie von Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Auswärtigem Amt, die die politischen Zielsetzungen mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verknüpft.

Ein Einwirken auf die Zivilgesellschaft scheint daher deutlich ausbaufähig, gerade weil es ein aktives Goethe-Institut in Kairo und Alexandria gibt – und mit der German University die erste deutsche Universität außerhalb Deutschlands. Deutsche Außenpolitik seit 1949 zeichnete sich durch eine Betonung umfassender Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte sowie die Förderung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen aus. Diese Ausgewogenheit gilt es wieder in den Mittelpunkt außenpolitischen Handelns gegenüber Ägypten zu stellen, gerade weil Ägypten ein wichtiger Partner für Deutschland ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die derzeit auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Umwelt Ägyptens konzentrierte außenpolitische Strategie um die Themen Demokratieförderung, Förderung der Zivilgesellschaft und rechtsstaatlicher Strukturen – auch in Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen politischen Stiftungen – nachhaltig zu erweitern;
2. Strategien zum Umgang mit islamistischen Organisationen wie den ägyptischen Muslimbrüdern zu erarbeiten;
3. die deutsche Entwicklungshilfe stärker auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern auszurichten und hier insbesondere im sozialen Bereich sichtbar Schwerpunkte zu setzen;

4. die ägyptische Regierung aufzufordern und zu unterstützen, auch angesichts von Terroranschlägen den Weg rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen konsequent weiterzuverfolgen. Dabei sollte die ägyptische Regierung insbesondere zur Aufhebung des seit 25 Jahren bestehenden Ausnahmezustandes sowie zur Gewährung jener Grundrechte veranlasst werden, zu denen sie sich durch die Ratifizierung entsprechender internationaler Übereinkommen verpflichtet hat. Dazu zählen auch die Freilassung politischer Gefangener und die Abschaffung der Todesstrafe;
5. in diesem Zusammenhang die Etablierung eines deutsch-ägyptischen Rechtsstaatsdialoges anzuregen;
6. die Goethe-Institute und die German University in ihrer Arbeit vertieft zu unterstützen und eine verstärkte Ausweitung ihres Handlungsfeldes auch auf die südägyptischen Gebiete zu forcieren;
7. auch bei zukünftigen Wahlen gegenüber der ägyptischen Regierung auf die Entsendung von internationalen Wahlbeobachtern zu drängen;
8. die Rolle der Frau in der ägyptischen Politik mit den gebotenen außenpolitischen Mitteln aktiv zu fördern und so auf eine Verbesserung der politischen Vertretung der Frauen hinzuwirken;
9. auf die ägyptische Regierung einzuwirken, dass das Gesetz 84/2002 in einem die Zivilgesellschaft fördernden Rahmen verändert wird;
10. die restriktiven Zulassungsvoraussetzungen für Parteien gegenüber der ägyptischen Regierung anzusprechen und auf eine Verbesserung hinzuwirken.

Berlin, den 27. Februar 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333